

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: DB 88 848-48 ppbn d

Inhalt

Bruno Friedrich MdB wirft
Franz Josef Strauß gewollte
Hysterie vor

Seite 1/2

Horst Haase MdB fordert
mehr Aufmerksamkeit für
die Tourismuspolitik

Seite 3

Werner Staak, Hamburger
Innensenator, erläutert
den Sportrahmenplan 1977-
1982 der Hansestadt

Seite 4/5

Anmerkungen zum Deutsch-
landtag der Jungen Union
in München

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 209 / 31. Oktober 1977

Neue Zähne zur Selbstzerfleischung der Demokraten

Zur rastlosen Hektik und gewollten Hysterie des CSU-
Vorsitzenden Strauß

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
und Mitglied des Parteivorstandes

Seit dem politischen Führungswechsel 1969 befindet sich der
Parlamentarismus der Bundesrepublik in einer oft unerträg-
lichen Spannung; denn die Härte der Gegensätze ist im Um-
gang der Abgeordneten und der Parteien miteinander für viele
unserer Bürger unerträglich geworden.

Ist es nach den Erfahrungen der letzten Wochen immer noch
notwendig, hervorzuheben, daß der Angriff der Terroristen
ein Angriff nicht nur auf den Staat als Institution, son-
dern ein Angriff auf die menschliche Gesellschaft ist? Oder
gibt es nach der Flugzeugentführung auf Mallorca an diesem
Tatbestand noch Zweifel?

Das Wissen um die gemeinsame Gefahr hat in den letzten Wo-
chen vieles gemildert, was vor Monaten noch die Partei-
und Parlamentsbeziehungen in Polemik erstickte, und es wur-
de stillschweigend eine neue Grundlage des Zusammenwirkens
geschaffen.

Wer in den drei Tagen von Donnerstag bis Samstag letzter Wo-
che die Reden des CSU-Vorsitzenden Strauß verfolgt hat, muß
befürchten, daß die neue Gemeinsamkeit rasch zerstört wird,
ja, bewußt zerstört werden soll.

Die Rede des CSU-Vorsitzenden am Donnerstag über Entwick-
lungshilfe müßte, wäre sie die Rede einer Regierungspartei,
die Bundesrepublik in der ganzen Welt, also auch von ihren
eigenen Verbündeten völlig isolieren. Noch schlimmer als die

politische Richtung war die in den Äußerungen über die Fähigkeiten der Farbigen bei Strauß immer wieder durchbrechende, an südafrikanische Kamingsgespräche erinnernde elitäre rassistische Arroganz. Davon war das Parlament, bis in die CDU-Reihen hinein, tief betroffen.

Beim Deutschlandtag der Jungen Union beklagte Strauß das starke Vertrauen der Bürger in Bundeskanzler Schmidt, - um an Ort und Stelle daraus zwei Konsequenzen zu ziehen: Strauß erneuerte mit seinem Generalsekretär Tandler die Drohung von Kreuth und steigerte sich unter Verwendung des Schleyer-Tonbandes in einen hysterischen Angriff auf die Bundesregierung.

Nun paßt das Tonband in die psychologische Gesamtstrategie der Terroristen, denen es zu allererst darauf ankam, durch Video-Bänder, durch Fotos mit der sichtbaren Demütigung Schleyers auch den Staat zu demütigen. Seit Samstag wissen wir, daß Strauß das psychologisch-propagandistische Kalkül der RAF in den Dienst des eigenen taktischen Kalküls stellt, wenn er meint, daß es ihm parteipolitisch nützt.

Kreuth wird sich so nicht wiederholen, aber es bleibt ein Druckmittel gegen Kohl. Strauß hat dabei in der vergangenen Woche einen neuen Verbündeten gefunden: Jochen Steffen. In seinem Playboy-Interview bekennt sich Steffen ausdrücklich zur Strauß-Strategie, die er für richtig hält; er verlangt die Abspaltung von der SPD, um die Sozialdemokratie von der Mitte weg nach links zu drängen. Kreuth von links.

Strauß und Steffen sind nicht im politischen Ziel, wohl aber im Weg zu ihrem Ziel, Verbündete. Die Ausdünnung der demokratischen Mitte ist ihr gemeinsames Ziel. Es gibt freilich einen Unterschied: Strauß bewegt Parteitage, Steffen nur noch Randgruppen.

Die Summe dessen, was hier geschieht, muß alle alarmieren, die den Niedergang Weimars nicht vergessen haben und für den Kampf gegen den Terrorismus, gerade wegen Weimar, nicht mit der Münze der Rechtsstaatlichkeit zahlen wollen. Den Terrorismus bekämpfen und den Rechtsstaat bewahren. Dies muß das Ziel des Parlaments sein. Unser Staat ist kein SPD/FDP-Staat, er ist kein CDU/CSU-Staat; er ist kein Schmidt-Staat und auch kein Filbinger-Staat: die Bundesrepublik ist unser aller Staat. Wenn Strauß die Rolle der Opposition mißversteht und sich angekettet fühlt und deshalb lärmt, dann ist zu fragen: Welchen Staat will dieser Strauß? Strauß wünscht seinem Staat schärfere Zähne und Strauß sagt: zum Beißen! Wir haben zu gewärtigen, daß dies bei Strauß zuerst die Selbstzerfleischung der Demokraten bedeutet.

(-/31.10.1977/bgy/ja)

Mehr Aufmerksamkeit für Tourismuspolitik

Gesellschaftspolitische Funktion des Tourismus wird vielfach nicht erkannt

Von Horst Haase MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Rund 850.000 Arbeitsplätze hängen vom Tourismus ab. Weit über 20 Milliarden DM geben deutsche Urlauber im In- und Ausland jährlich aus. Über 50 Prozent der Bevölkerung machen Urlaub. Die Freizeit wird - zumindest bei noch gleichem Realeinkommen - weiter zunehmen und mit ihr der bedeutendste Teil dieser Freizeit, nämlich der Urlaub.

Die Politik vernachlässigt dieses Gebiet ebenso wie Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die gesellschaftspolitische Funktion des Tourismus wird vielfach nicht erkannt.

Diese Wachstumsbranche wird, was zum Beispiel Arbeitsplatzvermehrung, Zielrichtung des Wachstums oder Gestaltung und Umfang angeht, weitgehend dem Wildwuchs überlassen. Später wird sich dann die Politik der Fehlentwicklungen und Schäden annehmen müssen.

In Teilbereichen gibt es erfreuliche Ansätze. Die Vorlage des Reiseveranstalter-Gesetzes (Hans de With gebührt hier besonderer Dank) hat bereits jetzt eine rechtliche Besserstellung der Touristen aufgrund freiwilliger Veränderung der Geschäftsbedingungen vieler Reiseveranstalter gebracht.

Ein Lichtblick muß auch in einer Zusammenstellung zum Thema Familienurlaub gesehen werden, die der ZEIT-Redakteur Ferdinand Ranft, einer der Pioniere des Reisejournalismus, in seinem Buch "Pipers Ferienratgeber für die Familie" (R. Piper Verlag) veröffentlicht hat. 2,2 Millionen Familien mit mehr als drei Kindern sind augenblicklich noch die Benachteiligten des deutschen Urlaubsgeschehens. Von dieser Gruppe verreisen bisher nur wenige, weil der deutsche Tourismus oft noch familien- und kinderfeindlich ist oder weil ein solcher Urlaub mangels hinreichender Information nicht an billigeren Plätzen stattfinden kann. Ferdinand Ranft hat in seinem Buch erstmalig in 1.500 Einzelnachweisen und zusätzlichen konkreten Ratschlägen das Thema angepackt. Es ist eine Hilfestellung, die sich in diesem Bereich auswirken wird.

Die Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion hat eine Anfrage zum Campingwesen vorbereitet, um so dieser Freizeit- und Erholungsform, der eine wesentliche Gruppe unserer Bevölkerung - geschätzt werden zehn Prozent - anhängt, mehr Beachtung zu verschaffen.

Wichtig ist, daß die sozialdemokratische Tourismuspolitik zwei Aspekte besonders beachtet:

- 1/ Das Angebot für den Bürger, seine Freizeit touristisch zu verbringen, muß übersichtlich, möglichst umfassend und auch auf sozial schwächere Gruppen ausgerichtet sein.
- 2/ Die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze scheint besonders in diesem Bereich möglich; es müssen verstärkt Hilfen in dieser Richtung gegeben werden.

Der Bereich Tourismuspolitik, der zugleich auch mittelständischen Charakter hat, verdient daher verstärkt unsere Aufmerksamkeit. (-/31.10.1977/ks/ja)

Sport - ein Aktivposten sozialdemokratischer Landespolitik

Sportrahmenplanung muß allen Bürgern dienen

Von Werner Staak

Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg

Wenn in der Öffentlichkeit über Sport diskutiert wird, stehen in der Regel Fragen des Leistungs- und Hochleistungssports im Vordergrund, ohne daß dabei immer die enge Verzahnung von Breiten-, Leistungs- und Hochleistungssport gesehen wird. Viele Anhänger des Sports sind der ehrlichen Meinung, daß mit großen, repräsentativen Sportanlagen, die 50 bis 70 Millionen DM kosten, der Sport nachhaltiger gefördert wird als durch eine Vielzahl von Sportanlagen für den Schul- und Breitensport.

Die seit 21 Jahren in Hamburg ununterbrochen regierenden Sozialdemokraten haben hingegen immer die Auffassung vertreten, daß eine isolierte Förderung des Hochleistungssportes unter Ausschluß des Breiten- und Leistungssportes eine Förderung an der Sache vorbei ist. Der Hochleistungssport ist angewiesen auf eine breite Basis talentierter und begeisterungsfähiger Sportler, eine Basis, die ohne massive Förderung des Breiten- und Leistungssportes nicht geschaffen werden kann.

Diese Auffassung der Hamburger Landesregierung wird durch den jetzt vorgelegten "Sportrahmenplan 1977 - 1982" nachdrücklich unterstrichen. Im "Sportrahmenplan" legt der Hamburger Senat seine sportpolitische Konzeption vor und steckt den finanziellen Rahmen der nächsten fünf Jahre ab.

Die Sozialdemokraten im Hamburger Senat haben in der Vergangenheit ihre Sportpolitik an dem Grundsatz orientiert, daß der Sport außerhalb von Schulen und Hochschulen und anderen Einrichtungen der öffentlichen Hand grundsätzlich Aufgabe der Sportorganisation sein und bleiben muß. Überall dort, wo die finanziellen Mittel der Vereine und Verbände für die für den Sport unerläßlichen Maßnahmen nicht ausreichen, muß nach Auffassung der SPD die Stadt oder das Land helfend eingreifen. Dieses Grundverständnis schließt die staatliche Lenkung des Sports aus und bewahrt den Vereinen und Verbänden trotz hoher finanzieller Leistungen des Hamburger Senats die Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative, die wichtige Elemente zur Festigung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung sind. Wir Sozialdemokraten in Hamburg haben deshalb eine gesetzliche Regelung der Sportförderung abgelehnt. Wir sehen - in voller Übereinstimmung mit den Vertretern der Vereine und Verbände - die Aufgabe der Stadt in erster Linie in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Sport in Hamburg. Hierzu gehören insbesondere die Bereitstellung von Sportstätten, die gemeinschaftlich von den Schulen, Vereinen und Verbänden, zunehmend aber auch von den Bürgern außerhalb der Vereine genutzt werden, und die direkte und indirekte finanzielle Förderung der Vereine und Verbände.

In enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung haben wir in Hamburg systematisch die Voraussetzungen für den Sport in Hamburg verbessert und der

Bedeutung des Sports für Erziehung und Bildung, Gesundheit, Erholung und Leistungsfähigkeit, Freizeit- und Gemeinschaftsverhalten, entsprechend hohe Beträge investiert, um den berechtigten Bedürfnissen der Bürger entsprechen zu können. So haben wir allein in den Jahren 1970 bis 1976 für den Sportstättenbau 300 Millionen DM ausgegeben. Der "Sportrahmenplan" weist auf, daß wir damit unter anderem 112 Sporthallen und 10 Hallenbäder gebaut haben.

An dieser Politik der Verbesserung unserer Sportinfrastruktur wollen wir auch in den nächsten Jahren festhalten. Deshalb bringt Hamburg bis 1982 307 Millionen DM für Investitionen, Instandsetzung und Unterhaltung von Sportstätten auf und stellt weitere 73 Millionen DM für die Sportförderung zur Verfügung. Das heißt, daß wir in den Jahren 1977 - 1982 für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Sports insgesamt 380 Millionen DM ausgeben. Diese Zahlen dokumentieren nach unserer Auffassung sehr nachdrücklich, welche große Bedeutung die Hamburger Sozialdemokraten auch unter den veränderten finanziellen Bedingungen der Stadt dem Sport beimessen.

Wir wissen, daß mit dieser großen Investitionssumme die Nachfrage nach Sportstätten nicht abschließend befriedigt werden kann. Weil es vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Sportpolitik ist, immer mehr Bürger - gleich welchen Alters - anzuregen, aktiv Sport zu betreiben, werden wir auch künftig in unseren Anstrengungen, den Sportstättenbau voranzutreiben, nicht nachlassen.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es aber auch, den Sport verstärkt als ein Instrument der medizinischen Rehabilitation und sozialen Integration einzusetzen und Aktivitäten von Vereinen und Verbänden nachhaltig zu fördern. So können wir auf ausgezeichnete Erfahrungen mit den seit 1971 in Hamburg bestehenden Gruppen zur Herzinfarkt-Rehabilitation verweisen, die auch außerhalb unserer Stadt große Beachtung gefunden haben. Wir unterstützen unter anderem Modellmaßnahmen von Vereinen und Verbänden, Seniorengruppen in Vereinen oder in Einrichtungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege zu bilden, und wir planen die Aufnahme von Seniorengymnastik in das Freizeitprogramm aller staatlichen Pflegeheime in Hamburg. Wir unternehmen dieses alles, weil wir wissen, welche große Bedeutung dem Sport für die Erhaltung der Gesundheit, Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit gerade unseren älteren Mitbürgern zukommt.

Unsere Sportpolitik ist keine Sportpolitik der großen Paukenschläge, sie ist auch keine, die sich nur am oft berechtigten Showbedürfnis der Bürger orientiert. Unsere Sportpolitik zielt auf die Verwirklichung des Rechts der Bürger auf aktive Teilnahme am Sport, ein Recht, das für Kinder und Jugendliche ebenso gelten muß wie für Erwachsene und Senioren, und es ist ein Recht, das auch vor den Gefängnismauern nicht halt machen darf, denn Sport ist auch ein wirkungsvolles Instrument zur Resozialisierung. Deshalb ist in Hamburg Sportpolitik ein Aktivposten sozialdemokratischer Landespolitik. Dieses alles aufzuzeigen, ist eine wichtige Aufgabe des "Sportrahmenplans für die Jahre 1977 - 1982".

(-/31.10.1977/ks/ja)

+ + +

Vor der Entscheidung

Auch die Junge Union darf Kreuth nicht ausweichen

In keiner der wichtigen Fragen, die die Öffentlichkeit zur Zeit beschäftigen, gelingt es der Jungen Union, eine einhellige und zugleich nicht von Kompromissen entleibte Meinung zu bilden. Das gilt für die Hauptthemen ihres Kongresses - Macht der Verbände und Zukunftschancen der jungen Generation - ebenso wie für die aktuellen Probleme der Terrorismus-Bekämpfung und der Ursachen des Terrorismus.

Der Deutschlandtag der Jungen Union ließ sich - unfähig zum Handeln - von denen treiben, die wie Strauß, Tandler, Kohl und Carstens zwar den Konsens beschwörten, in Wahrheit aber den Konflikt programmierten. Wer nach Kreuth gehofft hatte, daß die Junge Union unbeschadet eine Klammerfunktion zwischen CDU und CSU erfüllen kann, wurde in München belehrt, daß der Verband diese Aufgabe nur unter Verzicht auf politische Eigenständigkeit zu leisten in der Lage war.

Die Zukunft der Jungen Union unter ihrem alten und neuen Vorsitzenden Matthias Wissmann ist ungewiß. Otto Wiesheu, Strauß-Intimus und Vorsitzender der Jungen Union Bayerns, deutete mit seinen scharfen Angriffen gegen den ehemaligen Chefideologen des Verbandes, Schönbohm, an, daß er und seine Freunde nicht mehr bereit sind, den Kurs der "Nordlichter" im Verband weiterhin gutmütig zu erdulden.

Es ist nicht mehr auszuschließen, daß sich die Junge Union in absehbarer Zeit mit einem Kreuth in den eigenen Reihen beschäftigen muß. Tut sie es, bestünde die Chance, daß die CDU einen regen und wachen Verband wiedergewinnt, der die Bezeichnung Nachwuchsorganisation verdient. Weicht sie der Auseinandersetzung aus, mit der Begründung, sie sei dazu berufen, die Einheit der Union zu wahren, wird die Junge Union das bleiben, was sie heute bereits ist: Eine zwar mitgliederstarke, politisch aber bewußtlose Jugendorganisation, die im Spannungsfeld zwischen CDU und CSU ums Überleben kämpft.

Die Entscheidung wird spätestens dann fallen, wenn Helmut Kohl den Weg Erhards und Barzels gehen muß. Sollte Alfred Dregger sein Nachfolger im schweren Amt des Kanzlerkandidaten werden, weiß Wissmann, daß sein Verein das zu werden verspricht, was ihm manche Kritiker aus den eigenen Reihen schon in München vorwarfen: Ein Haufen von Jublern.

Anselm Bengeser
(-/31.10.1977/ks/ben)